

Ausschuß für Wissenschaft und Forschung

Protokoll

34. Sitzung (nichtöffentlicher Teil) *)

23. September 1993

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 17.00 Uhr und
17.35 Uhr bis 18.00 Uhr

Vorsitzender: Abgeordneter Schultz-Tornau (F.D.P.)

Stenograf: Endres

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

**1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans
des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1994
(Haushaltsgesetz 1994)**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/5900

1

Hierzu hält Ministerin Brunn die Einführungsrede, die in der Anlage nachzulesen ist. Dem schließt sich eine Diskussion an.

*) Vertraulicher Teil der 34. Sitzung siehe vertr. APr 11/12.

2 Gesetz zur Änderung des Studentenwerkgesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/5768

6

In der Diskussion geht es zunächst um eine eventuelle Teilnahme der Arbeitsgemeinschaft der Personalräte an der geplanten Anhörung zu dem Gesetzentwurf. Der Ausschuß lehnt dies ab.

Darüber hinaus melden die Fraktionen Änderungswünsche zum Gesetzentwurf an.

3 Neues Anforderungsprofil für das Abitur - Verzahnung von Hochschulen und Schule

Antrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 11/5150

Die Behandlung dieses Tagesordnungspunktes wird auf einen späteren Zeitpunkt verschoben.

4 Strukturwandel und Qualifikationssystem - Standortsicherung durch Offensive in der Hochschulpolitik

Antrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 11/5227

12

MDgt Dr. Küchenhoff (MWF) legt die Meinung der Landesregierung zu dem Antrag dar. Nach kurzer Aussprache kommt der Ausschuß überein, die Beschlußfassung zu diesem Antrag zu vertagen, um eine gemeinsame Formulierung zu finden.

**5 Weiterentwicklung und Ausbau der Fachhochschulen
in Nordrhein-Westfalen**

17

MDgt Dr. Hochmuth (MWF) berichtet zu den Fachhochschulen in Gelsenkirchen und Bielefeld; dem folgt eine kurze Diskussion.

**6 Privatrechtliche Organisation und Finanzierung der
geplanten Fachhochschule Rhein-Sieg**

Antrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 11/5512

in Verbindung damit:

Errichtung einer Fachhochschule Bonn/Rhein-Sieg

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 11/3383

und

**Ausgleichsmaßnahmen für den Umzug der Bundesregierung
nach Berlin Erarbeitung von Planungsgrundlagen für eine
Fachhochschule Rhein-Sieg**

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 11/3553

21

Die Thematik wird mit Ministerin Brunn umfassend erörtert.

7 Finanzautonomie für alle Hochschulern

Antrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 11/4581
Vorlage 11/2324

Die Behandlung dieses Tagesordnungspunktes wird auf einen späteren Zeitpunkt verschoben.

8 Ergebnis und Umsetzung des Gutachtens der Unternehmensberatungsgesellschaft Mummert + Partner zur aufgabenkritischen Untersuchung von Hochschulverwaltungen in Nordrhein-Westfalen

Einvernehmlich setzt der Ausschuß diesen Punkt aus Zeitgründen von der Tagesordnung ab und erwartet einen schriftlichen Bericht der Ministerin zu dieser Thematik. - Von seitens des Ministeriums wird dies zugesagt.

9 Disziplinarische Maßnahmen gegen Prof. Dr. Bernhard Klyscz, Fachhochschule Dortmund.

Dieser Tagesordnungspunkt ist im vertraulichen APr 11/12 wiedergegeben.

Ausschuß für Wissenschaft und Forschung
34. Sitzung

23.09.1993
es-mj

Seite

10 Veräußerung des Anwesens Ubierring 26/28 in Köln

24

Der Ausschuß diskutiert das Thema erneut ausführlich. Von seiten der Landesregierung nehmen dazu MDgt Dr. Fleischer (MWF) und MR Peter (MBW) Stellung.

Aus der Diskussion

Vor Eintritt in die Tagesordnung verschiebt der Ausschuß die in Einladung E 11/1368 ausgewiesenen Tagesordnungspunkte 3 und 7 auf eine der nächsten Sitzungen. Die ursprünglichen Tagesordnungspunkte 5 und 8 werden zu einem neuen Tagesordnungspunkt "Weiterentwicklung und Ausbau der Fachhochschulen" zusammengefaßt.

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1994 (Haushaltsgesetz 1994)

- Gesetzentwurf der Landesregierung
- Drucksache 11/5900

Ministerin Brunn gibt vor dem Ausschuß den Einführungsbericht zum Haushaltsjahr 1994, der in der **Anlage** nachzulesen ist.

Abgeordneter Dr. Vesper (GRÜNE) kritisiert zunächst, daß die Presse bereits einen Tag vor dem Ausschuß über die Veränderungen im Haushalt unterrichtet worden sei. Darüber hinaus zeigt er sich enttäuscht darüber, daß die Erhöhung im Haushaltsentwurf für den Einzelplan 06 - Ministerium für Wissenschaft und Forschung - unterhalb der Preissteigerungsrate lägen, was reale Einbußen für diesen Bereich bedeute.

Er teile die Auffassung der Ministerin, daß Bonn die Hochschulpolitik in der Tat sträflich vernachlässige, jedoch sollte sich das Land mit diesem Argument nicht aus der Verantwortung entlassen. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werde in den kommenden Beratungen Vorschläge unterbreiten, um die Ministerin in ihrem unermüdlichen Kampf um die Verbesserung der Situation an den Hochschulen zu unterstützen.

Zur auf Seite 1 Absatz 1 der Einbringungsrede der Ministerin - siehe Anlage - geplanten Arbeitsgruppe zur Erarbeitung weitergehender erfolgs- und leistungsbezogener Finanzaufweisung möchte der Abgeordnete wissen, inwieweit diese Arbeitsgruppe

Ausschuß für Wissenschaft und Forschung
34. Sitzung

23.09.1993
es-mj

durch den Ausschuß begleitet und ob dieser über Zwischenergebnisse informiert werden könne. Es sei kein Geheimnis, daß seine Fraktion das Kriterium "Zahl der Absolventen" lediglich für ein Mosaiksteinchen erachte. Dagegen, diesem Punkt ein solches Gewicht zu verleihen, hege er Bedenken.

Abgeordneter Apostel (SPD) begegnet dem Einwand seines Vorredners, zunächst sei die Presse und dann erst der Ausschuß informiert worden, mit dem Hinweis, daß der Haushaltsentwurf den Abgeordneten bereits seit geraumer Zeit - und früher als der Presse - vorgelegen habe. Der Abgeordnete bestätigt die Feststellung des Abgeordneten Dr. Vesper, daß die Steigerungsrate unterdurchschnittlich beziffert sei, und hält dagegen, daß der Hochschulbereich in der Vergangenheit mit teilweise zehnpromzentigen Steigerungsraten verwöhnt worden sei. Bei der Betrachtung der Steigerungszahlen müsse berücksichtigt werden, daß jedoch die Personalmittel um 4,4 % und die Sachmittel um 3,3 % stiegen. Darüber hinaus sei für den medizinischen Bereich, der in der Berechnung der Steigerungsquote von 1,2 % nicht berücksichtigt werde, eine Erhöhung der Mittel um 4,3 % vorgesehen. Darüber hinaus seien weniger Ausgaben bei den BAföG-Leistungen zu erwarten, was ebenfalls zu einer Reduzierung im Etatansatz geführt habe.

Insgesamt könne also der Haushaltsentwurf angesichts der Finanzlage des Staates als sachgerecht bezeichnet werden. Dem Vorwurf, damit würde man sich aus der Verantwortung in diesem Bereich stehlen, könne er nicht folgen. In der Einzelberatung werde sich seine Fraktion zu der einen oder anderen Position noch dezidiert äußern.

Für den **Vorsitzenden Schultz-Tornau** ist es als Sprecher der Fraktion der F.D.P. ebenfalls auffällig, daß in diesem Jahr nicht einmal die Inflationsrate in Nordrhein-Westfalen ausgeglichen werden könne; denn selbst wenn man den Haushalt um den Posten BAföG und die Mittel aus dem Einzelplan 08 für die neue Fachhochschule Gelsenkirchen bereinigte, stiegen die wissenschaftsbezogenen Ausgaben lediglich um 2,9 %. Er habe aber noch die Rede der Ministerin vor dem Plenum im Ohr, in der davon die Rede gewesen sei, daß die Mittel für neue Fachhochschulen zusätzlich eingestellt werden sollten. Man liege also letztendlich deutlich unter 2,9 %. Insoweit müsse der Vorwurf der Ministerin an den Bund, daß dieser der Hochschul- und Wissenschaftspolitik nicht Priorität einräume, auch für die nordrhein-westfälische Forschung und Lehre gelten.

Von daher sollte der von der Wissenschaftsministerin an die Adresse der Bundestagsabgeordneten gerichtete Brief auch an die Landtagsabgeordneten adressiert werden mit

dem Ziel, die Möglichkeiten, die man in Nordrhein-Westfalen habe, zu nutzen und die Situation nicht zu verschlechtern.

Die Bewertung des Abgeordneten Apostel, der Bereich Wissenschaft und Forschung sei in der Vergangenheit hinsichtlich seiner Zuwachsraten verwöhnt worden, könne er nicht nachvollziehen.

Hinsichtlich der Titelgruppe zu "Ausstattung von Professuren" interessiert den Vorsitzenden, nach welchen Kriterien die Mittel vergeben würden und ob unter der herausragenden Bedeutung für das Land der konkrete Lehrstuhlinhaber gemeint sei, oder ob dazu nicht auch ein Fachbereich mit einer besonders prekären Situation gezählt werden müsse, um sein Ausbluten zu verhindern.

Abgeordneter Kuhmichel (CDU) merkt an, seine Fraktion werde sich noch im Detail mit dem, was die Ministerin vorgetragen habe, auseinandersetzen. Dies gelte auch für das beliebte Schwarze-Peter-Spiel im Verhältnis Bonn/Düsseldorf. Ob es sich um Steigerungen im Haushalt oder um Kürzungen handele, werde man ebenfalls rechnerisch noch eingehend prüfen.

Abgeordneter Mohr (CDU) glaubt, daß der gebetsmühlenhaft vorgetragene Hinweis, Bonn gebe zu wenig für Wissenschaft und Forschung aus, auch durch Wiederholung nicht zu einer Verbesserung beitrage. Schließlich müsse in bezug auf Bonn berücksichtigt werden, daß von dort die Kosten der Wiedervereinigung im wesentlichen getragen würden.

Hinsichtlich der Titelgruppe zur "Ausstattung von Professuren" möchte der Abgeordnete wissen, ob es sich hierbei um Berufungen auf Zeit handele.

Ministerin Brunn stellt zunächst den Einwand des Abgeordneten Dr. Vesper hinsichtlich einer möglichen Bevorzugung der Presse richtig. In der gestrigen Pressekonferenz sei es in erster Linie um die Entwicklung der Studierendenzahlen, insbesondere der Studienanfänger gegangen, und die Anmerkungen zum Etat habe sie nur in dem Zusammenhang gemacht. Sie lege Wert darauf, daß die Haushaltsrede nicht an die Presse weitergegeben werde, bevor der Ausschuß sie gehört habe. Das gehöre zu einem fairen Umgang miteinander.

Die Ergebnisse der Diskussion in der Arbeitsgruppe, die sich für eine weitergehende erfolgs- und leistungsbezogene Finanzaufweisung befasse, wolle sie gern im Ausschuß

vortragen, damit sich die Abgeordneten in die Beratung einbringen könnten. Eine gemischte Abgeordneten/Rektoren-Arbeitsgruppe halte sie jedoch nicht für besonders sinnvoll.

Hinsichtlich der HBBG-Mittel habe sich Nordrhein-Westfalen einen Rahmen vorgestellt, der, wenn der Bund einigermaßen normal mitfinanziere, auch ausgefüllt werden könne. Vom Finanzminister dieses Landes mehr Mittel zu verlangen, wäre in Anbetracht der Situation des Gesamthaushalts nicht zu verantworten gewesen. Darüber hinaus müsse bedacht werden, daß einige Bundesländer die Baumittel massiv gekürzt hätten.

Zur Fachhochschule Gelsenkirchen merkt sie an, daß diese Mittel tatsächlich zusätzlich zur Verfügung gestellt worden seien, da man sie in anderen Etats erwirtschaftet habe.

Zur Titelgruppe zur "Ausstattung von Professuren" erläutert sie, hierbei sei versucht worden, ein Verfahren zwischen den Fachleuten im Ministerium und in den Hochschulen zu finden, nach dem für das Land wichtige Professuren ermittelt würden. Bei der logischerweise aufgrund der vielen Emeritierungen hohen Zahl von Professuren mit herausragender Bedeutung für die Entwicklung der Hochschulen aus landespolitischer Sicht habe man nach härtesten Kriterien vorgehen müssen. Die Mittel seien also für Berufungs- und Bleibeverhandlungen eingesetzt worden.

Für den Abgeordneten Apostel (SPD) ist nach dem Bericht der Ministerin der Eindruck entstanden, als würden die Mittel aus der Titelgruppe 94 nur nach den Abschlüssen vergeben. Er bitte darum, über die Ergebnisse der Diskussion mit den Hochschulen über diese Frage zu berichten.

Ministerin Brunn entgegnet, man sei den Vorschlägen der Arbeitsgruppe nicht voll gefolgt, weil diese auch die Zahl der Examensprüfungen einbezogen wissen wollte. Dann hätten auch die durchgefallenen Prüflinge berücksichtigt werden müssen.

Ein anderes Element sei die Frage gewesen, mit möglichst wenig Personaleinsatz möglichst viel Lehre anzubieten. Auch diesen Parameter habe sie sich nicht zu eigen gemacht, weil dabei nicht die unterschiedliche Personalstruktur in den Hochschulen berücksichtigt worden sei.

So habe man sich schließlich für das Kriterium entschieden, das man kenne, und das sei seien die Absolventenzahlen.

Allerdings sei man noch nicht am Ende der Überlegungen. So habe der Rektor der Universität Bielefeld zu bedenken gegeben, daß neue, im Aufbau befindliche Studiengänge noch keine Absolventen vorzeigen könnten, somit diese Universitäten benachteiligt würden.

Im übrigen ließe sich diese Vorgehensweise der Mittelverteilung aus Titelgruppe 94 bei nur 10 % an den Gesamtaufwendungen für den Hochschulbereich vertreten.

Abgeordneter Dr. Vesper (GRÜNE) ist überzeugt, daß nach dem gefundenen Kriterium Absolventen auf "Deubel komm raus" produziert würden ohne Rücksicht auf Qualität; denn die Hochschulen könnten zu der Auffassung gelangen, daß sie es sich nicht mehr leisten könnten, Studierende durchfallen zu lassen. Er bittet deshalb darum, dieses wichtige Thema, wenn die Ergebnisse der Arbeitsgruppe vorlägen, zu einem gesonderten Tagesordnungspunkt zu machen. - **Vorsitzender Schultz-Tornau** sieht dafür die Möglichkeit im Zuge der Etatberatungen; denn es sei jedem unbenommen, Schwerpunkte zu setzen.

Abgeordneter Apostel (SPD) hält dem Einwand des Abgeordneten Dr. Vesper, daß Abschlüsse ohne Rücksicht auf Qualität vergeben würden, entgegen, daß der gegenwärtige minimale Ansatz unter erfolgsorientierten Gesichtspunkten nicht zur Qualitätseinbußen führen werde. - **Abgeordneter Dr. Vesper (GRÜNE)** wendet ein, es sei klar, daß man mit der Maßnahme Verhalten steuern wolle. Er sehe bei diesem Kriterium die Gefahr einer möglichen Fehlsteuerung. - Diesem Argument schließt sich **Vorsitzender Schultz-Tornau** an und meldet noch Beratungs- und Diskussionsbedarf an.

Ministerin Brunn macht darauf aufmerksam, daß sich diese Probleme in erster Linie bei den Fächern mit hoher Durchfallquote wie Jura und Wirtschaftswissenschaften stelle. Um die durchgefallenen Studierenden weiter zu finanzieren, stünden den Hochschulen hinreichend andere Mittel zur Verfügung. Mit dem im übrigen geringen Etatansatz solle den Hochschulen ein Anreiz gegeben werden, durch Studienorganisation die Lehre zu qualifizieren. Wichtig sei, daß mit dieser Maßnahme eine bundesweite Diskussion - auch in den Hochschulen - ausgelöst worden sei. Darüber sollte im Ausschuß noch intensiver diskutiert werden.